

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	27.01.2015

Beantwortung einer Anfrage von DEINE FREUNDE im Rat der Stadt Köln vom 28.11.2014 betreffend Bürgereingabe Köln-Urbach 2169/2014 (AN/1730/2014)

Text der Anfrage:

Die GAG beabsichtigt, ihren heutigen Wohnungsbestand im Bereich der Danziger Straße in Porz-Urbach niederzulegen und durch Neubauten zu ersetzen. Der heutige Bestand umfasst circa 50 Wohneinheiten in I-geschossigen Reihenhäusern, geplant sind 3- bis 4-geschossige Baukörper mit 160 Wohneinheiten. Die Umgebung ist heterogen strukturiert, daher wurde eine Einfügung des Vorhabens nach § 34 BauGB testiert. Die Wohnungen sollen vollständig im geförderten Wohnungsbau errichtet werden. Maßgeblich sind hier die Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB) des Landes Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 21.02.2013.

Das Vorhaben stößt in der Bevölkerung aufgrund seiner Dimension sowie weiterer Auswirkungen (Verkehr, Rodung von Bäumen etc.) auf Ablehnung. Zentraler Konfliktpunkt ist die Vorhabenzulässigkeit nach § 34 BauGB. Ein Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanes wurde durch die Bezirksvertretung abgelehnt. Die Bürgerinitiative hat daher eine Bürgereingabe gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW eingereicht, in dem die Bedenken dargelegt wurden.

Am 04.11.2014 hat der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden über die Eingabe entschieden. Der Beschluss umfasst folgende Maßgaben (Auszug aus der Niederschrift):

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe. Der Ausschuss sieht jedoch keine Notwendigkeit für die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens und spricht sich für die Weiterbetreibung des Bauvorhabens aus.

Der Ausschuss spricht sich für eine intensive Information der betroffenen Bürgerinnen und Bürger aus. Die Verwaltung soll hierzu in Zusammenarbeit mit der GAG und den Stadtentwässerungsbetrieben ein moderiertes Bürgerbeteiligungsverfahren durchführen.

Die Schul- und Jugendverwaltung soll intensiv prüfen, ob im Umfeld des Bauvorhabens ausreichend Schul- und Kindergartenplätze vorhanden sind.

Der Antragsteller (Deine Freunde) hinterfragt das weitere Vorgehen und formuliert folgende Fragen:

1. War diese Veranstaltung der GAG vom 18.11.2014 bereits das vom Ausschuss geforderte "moderierte Verfahren"?
2. Falls ja: Entsprach diese Veranstaltung den Kriterien eines "moderierten Verfahrens"? Waren, wie vom Ausschuss gefordert, Verwaltung und Stadtentwässerungsbetriebe beteiligt?
3. Falls nein: Wird dem Beschluss des Ausschusses Anregungen und Beschwerden in naher Zukunft entsprochen? Wie weit sind die Vorbereitungen? Wie verläuft eine solche "moderierte Bürgerbeteiligung" nach Vorstellung der Verwaltung? Welche Akteure werden beteiligt? Können Sie eine solche Veranstaltung bitte grob skizzieren?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Veranstaltung der GAG vom 18.11.2014 war das vom Ausschuss geforderte "moderierte Verfahren". Das Beteiligungskonzept sah eine einführende Inputphase durch Fachreferenten vor, die die Themenbereiche Verkehr, Entwässerung, Grünplanung und Architektur in Bezug auf das Bauvorhaben der GAG im Bereich Danziger Straße/Memeler Straße in Köln-Urbach erläutern sollten. Anschließend hätte für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bestanden, an themenbezogenen Gruppentischen Anregungen und Empfehlungen abzugeben und mit den Fachreferenten zu diskutieren. Absicht war, über die maßgeblichen Rahmenbedingungen und Anforderungen, über die Inputvorträge hinaus, zu informieren, die Bürgerschaft aufzuklären und auf Fragen einzugehen. Die Veranstaltung wurde durch einen Moderator begleitet, um den Ablauf des Beteiligungsprozesses zu steuern und die Fragen- und Diskussionsphasen zu lenken. Die Stadtentwässerungsbetriebe waren anwesend; weitere Vertreter der Verwaltung waren nicht anwesend. Diese Beteiligungskonzeption entspricht den Eigenschaften eines "moderierten Verfahrens", da neben einer Informationsphase auch ein Mitgestaltungseffekt Teil des Ablaufes gewesen wäre. Die Bürgerschaft hat die Arbeit an den Gruppentischen im Anschluss an die Inputphase jedoch abgelehnt, da ein vordringlicher Diskussionsbedarf bestand. Dem Wunsch wurde somit entsprochen, sodass die beabsichtigte Gruppenarbeit gegen eine Gesamtdiskussion ersetzt wurde.

Die GAG hat im Nachgang zur der Veranstaltung am 18.11.2014 zu einem gemeinsamen Gespräch mit der Bürgerinitiative eingeladen. Hierbei sollten verschiedene Aspekte wie eine Überdachung der Tiefgaragenzufahrt im zweiten Bauabschnitt, die Fassadenfarbigkeit, Gestaltung der Spielplätze und Außenanlagen im Dialog vertiefend erörtert werden. Dieses Angebot wurde seitens der Bürgerinitiative abgelehnt.

gez. Höing